

II-3568 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

Nr. 1775/J

1985-12-10

der Abgeordneten BERGMANN
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Drohung des Verkehrsministers, Postgebühren für
Zeitungen zu erhöhen

Im Finanz- und Budgetausschuß hat der Bundesminister für
öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dr. Ferdinand Lacina,
den Zeitungen gedroht, für sie die Postgebühren zu erhöhen,
weil die Massenmedien die Postgebührenerhöhung kritisiert
haben.

Nachdem die Abgeordneten der ÖVP bei der Verhandlung des
Budgetkapitels Verkehr im Finanz- und Budgetausschuß dem
Verkehrsminister vorgehalten haben, daß die Postgebührenerhöhung
nicht notwendig sei, weil die Post aus den weit überhöhten
Telefongebühren Überschüsse erzielt und auch auf die massive
Kritik an diesen Erhöhungen in den österreichischen Medien
hingewiesen haben, kam es zu dieser Drohung an die Zeitungen,
die in der Parlamentskorrespondenz vom 15.11.1985 nachzulesen
ist. Dort heißt es: "Wie der Minister ankündigte, wird der
seit nahezu zehn Jahren unveränderte Zeitungszustellungstarif
zur Diskussion gestellt werden, da er bei weitem nicht mehr
kostendeckend ist. Trotzdem werde zurzeit zu einem schandbar
niedrigen Tarif, und zwar 20 Groschen, die Zustellung angeboten.

- 2 -

In Wirklichkeit sei es eine stille Subvention der Zeitungen - so Dkfm. Lacina -, man sollte daher nicht der Post mangelnde Wirtschaftlichkeit vorwerfen."

Die unterzeichneten Abgeordneten lehnen diese Vorgangsweise des Verkehrsministers entschieden ab und stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

Welche Zeitungs-Posttarife werden Sie wann erhöhen ?